

# Platz für «loyale» weisse Farmer

Simbabwe: Mugabe bestätigt Ultimatum an weisse Grundbesitzer

HARARE: Simbawes Präsident Robert Mugabe hat am Montag den Beschluss zur Vertreibung von 2900 weissen Farmern von ihren beschlagnahmten Höfen bestätigt. Gleichzeitig stellte er «loyalen» weissen Farmern Land in Aussicht.

Der 78-jährige Staatschef forderte neue schwarze Farm-Eigentümer auf, möglichst schnell ihren Besitz auf Grund einer Landreform zu übernehmen. Allerdings sagte er auch: «Alle echten und wohlwollenden weissen Farmer, die eine Farm-Karriere einschlagen wollen, haben Land dafür».

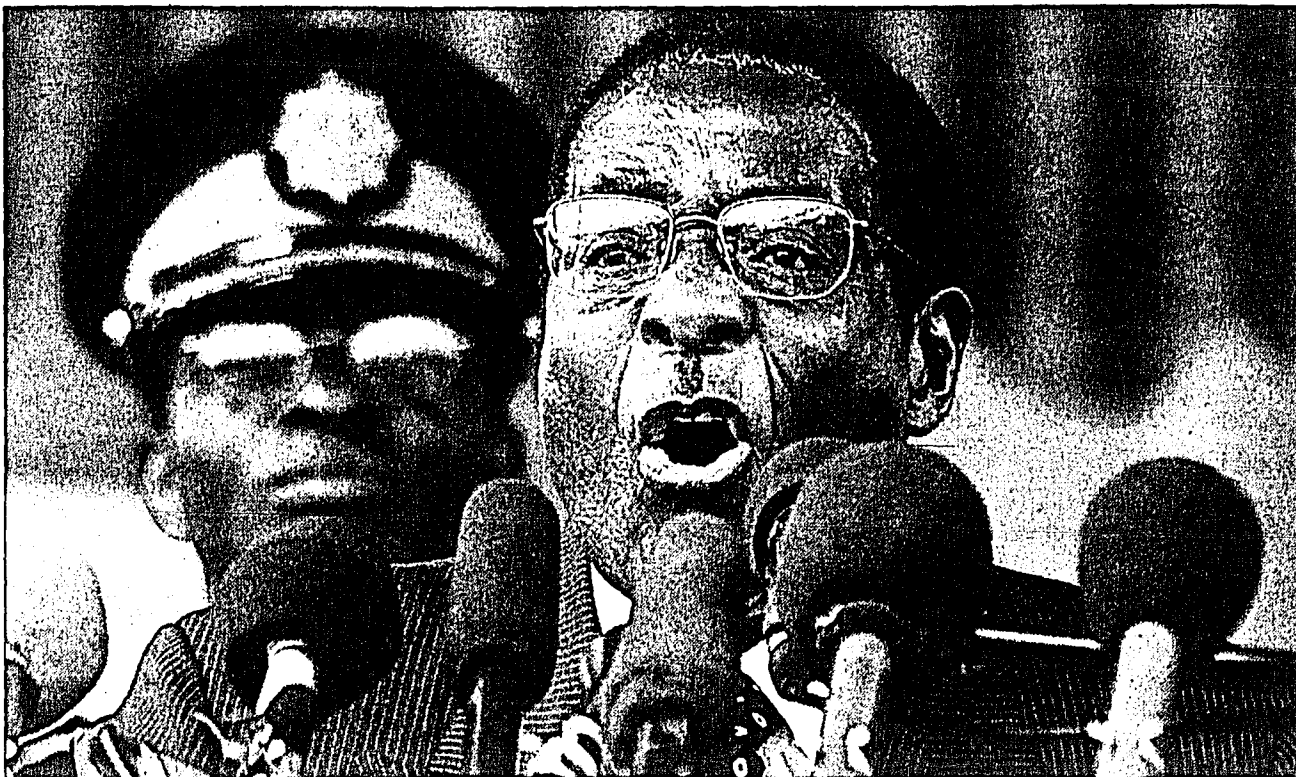
Seine Regierung sei grosszügig gewesen, und kein Farmer sei «seines Wissens» ohne Behausung, sofern er sich der nationalen «eine Farm - ein Farmer»-Politik angeschlossen habe.

Seine Worte wurden von den Betroffenen mit grosser Skepsis aufgenommen. Nach Angaben des Interessenverbands Gerechtigkeit für Landwirtschaft (JAG) müssten demnach 1024 zur Beschlagnahme aufgelisteten Farmen ausgenommen werden, da sie der einzige Besitz der weissen Eigentümer seien.

## Ungültige Vertreibung

Nach Schätzung der JAG-Sprecherin Jenni Williams würden nur 300 der 2900 weissen Landwirte der Vertreibung Widerstand entgegensetzen. Ihnen sei gerichtlich bescheinigt worden, dass ihre Vertreibung ungültig sei.

Der Staat dürfe sich keine Ländereien aneignen, die mit Hypotheken belastet seien, ohne zuvor die betroffenen Banken zu informieren, hiess es in dem Urteil. Nach Angaben des simbabwischen Bauernverbandes CFU



Simbawes Präsident Robert Mugabe sorgt für Besorgnis bei den weissen Farmern.

sind rund 99 Prozent der Höfe belastet. In der Folge gaben nur etwa 400 der Betroffenen ihre Besitztümer auf. Tausende andere verharren weiter auf ihren Farmen. Ihnen drohen Haftstrafen bis zu zwei Jahren.

## Drei Schweizer Farmen

Die drei vom Ultimatum betroffenen Schweizer Farmer in Simbabwe befinden sich immer noch im Ungewissen über ihr Schicksal. Die Schweizer Botschaft hatte am Montag noch keine Kenntnis von polizeilichen Aktionen gegen sie. Die Situation sei ruhig, sagte der Schweizer Geschäftsträger in Harare, Eduard Jaun, am Montag der Nachrichtenagentur sda. Er stehe in

ständigem Kontakt mit den drei betroffenen Schweizer Farmern, die sich weigern, ihre Besitztümer zu verlassen.

Auch andere Schweizer lassen sich von der Politik von Präsident Robert Mugabe nicht einschüchtern. Der Präsident des Schweizer Clubs in Harare, Johann Koller, sagte, dass er und seine Kollegen nicht die Absicht hätten, das Land zu verlassen. Die Gefahr sei aber gross, dass sich die Situation für die Weissen in nächster Zeit noch verschlechtere. Das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) drückte am Montag seine Besorgnis über die Lage in Simbabwe aus. «Die Schweiz anerkennt zwar die Notwendigkeit einer Landreform», sagte EDA-

Sprecher Livio Zanolari auf Anfrage. Diese müsse aber nach gewissen rechtsstaatlichen Normen umgesetzt werden. Die Schweiz habe schon mehrere Male in Harare interveniert und sich für die Schweizer Farmer eingesetzt, sagte Zanolari. Bern sei der Meinung, dass Simbabwe - gemäss dem Investitionsabkommen zwischen den beiden Ländern - den Enteigneten eine Entschädigung zahlen müsste.

Die Schweiz hatte vor kurzem ihre Sanktionen gegen das Regime Mugabe verschärft. Nach Angaben des Auslandschweizer-Sekretariats in Bern leben zur Zeit 423 Schweizer Bürger in Simbabwe. Die Zahl ist seit 1995 leicht gesunken (482).

## Zugeständnisse Israels verlangt

DSCHENIN: Die palästinensischen El-Aksa-Brigaden machen ein Ende ihrer Selbstmordanschläge in Israel von Zugeständnissen der israelischen Regierung abhängig. «Unser Widerstand geht weiter, solange die Besetzung anhält», erklärte die Organisation. Der bewaffnete Arm der Fatah-Organisation des palästinensischen Präsidenten Jassir Arafat werde seine «Martyrereinsätze» auf israelischem Staatsgebiet nur dann beenden, wenn Israel seine Truppen aus den Autonomiegebieten abziehe. Zudem sollen palästinensische Gefangene freigelassen werden. Weiter soll Israel dafür sorgen, dass keine weiteren Palästinenserführer getötet werden. Israels Regierungschef Ariel Scharon und seine Regierung seien «für jeden Tropfen Blut» verantwortlich, der vergossen werde.

## Ausnahmezustand in Kolumbien

BOGOTÁ: Nach den jüngsten Gewalttaten in Kolumbien hat Präsident Alvaro Uribe den Ausnahmezustand verhängt. Sicherheit und Stabilität des Landes seien gefährdet, begründete Innenminister Fernando Londoño den Schritt am Montag in Bogotá. Die Massnahmen wurden vom Kabinett beschlossen und traten am Montag um Mitternacht (Ortszeit) in Kraft. Verfassungsmässige Garantien würden nicht aufgehoben, sagte Londoño. Am Montag blieb unklar, ob die Verordnung noch vom Parlament beziehungsweise vom Verfassungsgericht verabschiedet werden muss.

## Gedenken an «Kursk»-Opfer

MOSKAU: In Russland ist am Montag der 118 Opfer des Untergangs des Atom-U-Boots «Kursk» gedacht worden, das vor zwei Jahren bei einem Manöver in der Barentssee von einer Explosion zerstört wurde. In Moskau wurde ein Bronze-Denkmal zu Ehren der «Kursk»-Seeleute enthüllt, die «bei der Erfüllung ihrer Pflicht ums Leben gekommen sind». Soldaten und Hinterbliebene besuchten in vielen russischen Städten Gedenkgottesdienste, die Schiffe der russischen Nordmeerflotte setzten ihre Flaggen auf Halbmast.

# Süd- und Nordkorea nehmen Gespräche wieder auf

Erster bilateraler Dialog seit neun Monaten - Beide Seiten nach erstem Treffen optimistisch

SEOUL: Nach neunmonatiger Pause sind nord- und südkoreanische Politiker erstmals wieder zu Gesprächen zusammengekommen, um den Friedensprozess zwischen den beiden Staaten voranzubringen. Nach Beendigung des ersten etwa 70-minütigen Treffens in Seoul äusserten sich beide Delegationen am Montag zufrieden mit dem Gesprächsverlauf. Während der dreitägigen Zusammenkunft soll laut dem südkoreanischen Vereinigungsminister Jeong Se Hyun vor allem die Umsetzung früher getroffener Vereinbarungen erörtert werden.

«Wir hatten überhaupt keine Probleme», sagte der Sprecher der südkoreanischen Delegation, Lee Bong Jo. Seine Regierung erwarte, dass die Gespräche gut vorankommen würden.

Die Vereinigten Staaten, Europa, Russland, China und Japan beobachte-

ten die Gespräche wahrscheinlich aufmerksam, deshalb müssten konkrete Ergebnisse erreicht werden, sagte Verteidigungsminister Jeong. Für seine Delegation sei es ein Problem, dass sie in der Vergangenheit zwar viele Zusagen erhalten habe, diese bislang aber kaum realisiert worden seien. Südkorea habe vorgeschlagen, die Arbeit an der grenzüberschreitenden Eisenbahnlinie so schnell wie möglich wieder aufzunehmen und neue Familienzusammenführungen zu organisieren.

Der Leiter der nordkoreanischen Delegation, Kim Ryong Song, erklärte indessen, er reise gewöhnlich mit vielen Geschenken an, die er bei seiner Abreise zurücklasse. «Man kann optimistisch denken», sagte er nach den ersten Gesprächen.

Die koreanische Halbinsel ist seit 1945 geteilt. Die Beziehungen besserten sich seit der historischen Begegnung der beiden Staatschefs Kim Dae

Jung und Kim Jong Il im Sommer 2000. Die bilateralen Gespräche wurden jedoch ausgesetzt, nachdem die Vereinigten Staaten das kommunistische Nordkorea ebenso wie Irak und Iran einer «Achse des Bösen» zugeordnet hatten.

Zu einer deutlichen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Nord- und Südkorea führte auch ein schweres Seegefecht Ende Juni, bei dem fünf südkoreanische Seeleute ums Leben gekommen waren. Nordkorea drückte im vergangenen Monat sein Bedauern über den Vorfall aus und ebnete so den Weg für neue Gespräche.

Die koreanische Halbinsel ist seit 1945 geteilt. Die Beziehungen besserten sich seit der historischen Begegnung der beiden Staatschefs Kim Dae



Nach neunmonatiger Pause sind nord- und südkoreanische Politiker gestern erstmals wieder zu Gesprächen zusammengekommen, um den Friedensprozess zwischen den beiden Staaten voranzubringen.

## Schwitzen und sparen

Wenn das Thermometer 23°C oder mehr anzeigt, rufen Sie uns sofort an und Sie erhalten auf Ihre neu gebuchte Werbeinschaltung die gemessene Tagestemperatur als Rabatt!

Beispiel: 33°C = 33% **Summerhit'z** 15. Juli bis 15. August 2002

(Quelle: www.marfeschweiz.ch)

Liechtensteiner Volksblatt  
Feldkircher Strasse 5  
6491 Schaan  
Telefon 237 51 51  
(Einzeltage beachten)

Davon ausgeschlossen sind bestehende Inserationsaufträge für die Tageszeitung sowie im Magazin SOFA. Anträge dieser Aktion sind nicht zusätzlich rabattfähig.